

Aus aktuellem Anlass

Artikel

Kommentare

Stellungnahmen

Bernt Berger



10/2024

Der Einsatz für den Frieden darf nicht zur innenpolitischen Nebelkerze werden!

Innenpolitische Kämpfe um die Diskurshoheit in der Friedensbewegung engen die Debatte ein und drohen, die Brisanz der aktuellen Situation und Bedrohungen zu überschatten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben viele in Politik, Diplomatie und Wissenschaft fest daran geglaubt, dass Konflikte bearbeitbar und Frieden gestaltbar sind, sodass Kriege allmählich in die Geschichtsbücher verbannt werden können. Dabei ging es nicht um eine geschichtliche Vernunft, die die Menschheit erreicht hätte, sondern um harte Arbeit an Werkzeugen und Mechanismen für Diplomatie und Mediation, die, wenn richtig angewandt, den Frieden garantieren könnten. Das Ende des Kalten Krieges war, wenn nicht allein, so doch auch durch Verhandlungen wie den Helsinki-Prozess und die KSZE-Schlussakte besiegelt worden. Eine neue Sicherheitsarchitektur war geboren, die nicht auf Abschreckung, sondern auf Kooperation basierte.

Spätestens mit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben sich die Perspektiven grundlegend geändert. Der von unserem Bundeskanzler Olaf Scholz pointierte Begriff der "Zeitenwende" könnte die Situation nicht treffender beschreiben. Wir sehen uns nicht nur mit einem Angriffskrieg in Europa konfrontiert, sondern mit einer allmählichen tektonischen Verschiebung in der Weltordnung seit den 1990er-Jahren. Die sogenannte multipolare oder multizentrische Weltordnung hat sich im Schatten der

globalen militärischen und wirtschaftlichen Führung der Vereinigten Staaten ständig fortentwickelt. Das Problem: Diese neue Ordnung ist wider besseren Wissens nicht aktiv auf Augenhöhe mitgestaltet worden. Vielmehr wurde aus der Logik der bestehenden unilateralen Ordnung heraus eine Idee der Integration verfolgt. Das heißt, dass insbesondere die werdende Großmacht China, aber auch „kleinere“ regionale Mächte wie Iran, Indien, Indonesien, Russland, die Türkei, Saudi-Arabien und auch Israel als verantwortliche Teilhaber (Stakeholder) im „Pax Americana“ beweisen sollten. Mit diesem Ansatz waren Reibungspunkte vorprogrammiert.

Eine hochbrisante Situation

Die heutige Situation, mit der wir uns in Europa konfrontiert sehen, ist, dass neben der ASEAN-Region eines der letzten Bollwerke des regionalen Friedens weltweit kein Selbstverständnis ist. Es gilt, für diese besondere geschichtliche Errungenschaft mit allen Mitteln zu kämpfen. Dazu gehört aber auch, sich nicht gegenüber den globalen Entwicklungen zu verschließen. Die Welt wurde von einer unkontrollierbaren Realität eingeholt, und wir befinden uns ohne

Übertreibung an einem der gefährlichsten Punkte, mit denen die Menschheit konfrontiert wurde. Um dieser Feststellung die angsteinflößende Dramatik zu nehmen, hilft es allein, die Entwicklungen zu verstehen. Nur so können neue realistische Perspektiven und Handlungsoptionen für den Frieden geschaffen werden. Besonnenheit, Vernunft und die Liebe zum Frieden dürfen nicht einer Kriegslogik weichen. Aber eine besonnene Friedenspolitik muss die Logik der militärischen Gleichgewichte und Abschreckung leider wieder zur Kenntnis nehmen und wieder in ihre Strategien einbeziehen.

Der Grund dafür liegt nicht darin, dass unsere friedliche Grundüberzeugung, das Wissen um das Leiden des Krieges und das Versprechen der Friedensdividende falsch sind oder dass Frieden nicht das unbedingte Ziel sein muss. Die bereits fortgeschrittenen Veränderungen im internationalen Gefüge, die sogenannte Geopolitik, haben eine unberechenbare Situation entstehen lassen. Es gibt weder in Ostasien, im Nahen Osten noch in Europa einen Status quo, der entweder politisch oder mittels militärischer Gleichgewichte die Sicherheit der beteiligten Staaten garantieren könnte. Gerade bei Mächten wie Russland oder dem Iran, aber auch bis zu einem gewissen Grad China, ist dieser Zustand gewollt. Auch wenn sich die revisionistischen Ziele, Motive und das Maß und die Wahl der Mittel dieser Akteure maßgeblich unterscheiden, haben sie eines gemeinsam: die Etablierung einer multizentrischen Ordnung auf Augenhöhe mit den USA. Auf dem Weg dorthin musste die Welt zunächst aus den Fugen geraten.

Der Trend dahin kam schleichend, aber sichtbar. Der amerikanische „Pivot to Asia“, die Dominanz von Russland, Iran und der Türkei im Syrien-Konflikt, die Alleingänge Israels, die graduelle Abkehr der USA aus europäischen Sicherheitsangelegenheiten und nicht zuletzt der Angriff auf die Ukraine waren Indikatoren für die Auflösung der unilateralen Weltordnung. Die heißen Konflikte sind Indiz dafür, dass nichts an deren Stelle getreten ist bzw. dass eine multipolare Weltordnung sich noch nicht etabliert hat.

In dieser Situation stehen sich alte und neue

Mächte in einem fragilen Gefüge hochbewaffnet gegenüber. Die existierenden Kontrollregime für Massenvernichtungswaffen und dazugehörige Trägersysteme werden allmählich aufgeweicht. Aufgrund neuer Formen der digitalen Kriegsführung, KI-gestützter Systeme und neuer Raketentechnologie müssen alte Konzepte der strategischen Balance überdacht werden. Während die meisten Mächte noch taktisch die Kosten von Eskalationen abwägen, scheint dies in Russland nur eingeschränkt der Fall zu sein. Wie konnte es so weit kommen?

Die Logik der Anderen

Die öffentliche Debatte in Deutschland dreht sich seit dem Angriffskrieg um die Notwendigkeit der Diplomatie, die Notwendigkeit und Form der Rüstungsexporte an die Ukraine und den Frieden. Über Jahre gewachsene Strategieexperten erklären, welche Schritte in welche Richtung gehen und wo die Diplomatie einsetzt. Andere erklären Verhandlungen, Waffenstillstand und Frieden als alternativlos. Die Friedensbewegung selbst wird zum Schlachtfeld über Einflussphären der Innenpolitik zwischen den linken und rechten Rändern und der demokratischen Mitte. Ja, der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts (Willy Brandt). Kaum ein anderes Land kann wie Deutschland so stolz auf seine Friedenskultur seit dem Zweiten Weltkrieg sein.

Aber die Welt um uns hat sich verändert. Wir befinden uns längst jenseits der direkten digitalen Schlachtfelder in einem indirekten Krieg. Unser EU-Europa ist herausgefordert. Der Krieg geht um Neuordnung, Einfluss und neue Gleichgewichte. Es geht um die Zerstörung aller Gewissheiten und Garantien, um diese Ziele zu erreichen.

Nach dem Kalten Krieg gab es unter den ehemaligen Blockstaaten wie China und Russland die Hoffnung auf eine sicherheitspolitische Neuordnung. Die Welt sollte in neue sicherheitspolitische Regionen aufgeteilt werden, um einer unilateralen Ordnung mit den USA an der Spitze vorzubeugen. Während Russland sich

zumindest verbal eine europäische Sicherheitsarchitektur ohne die NATO vorstellte, favorisierte Peking bis in die späten 2000er-Jahre eine eigenständige EU als multipolaren Akteur, um ein internationales Mächtegleichgewicht auszubilden. Der zweite Golfkrieg infolge der Kuwaitkrise 1991 wurde in Peking und Moskau zu einem frühen Augenöffner. Es war offensichtlich, dass es Jahrzehnte brauchen würde, um den technischen Vorsprung des US-Militärs einzuholen und neue strategische Gleichgewichte zu schaffen.

Die heißen Konflikte in der Ukraine, Jemen, Gaza, Libanon und vormals Syrien, die erneuten Bedrohungsszenarien in der Straße von Taiwan und auf der koreanischen Halbinsel sowie neue Einflussphären im Indischen Ozean und auf dem afrikanischen Kontinent sind symptomatisch für das Denken der multipolaren Mächte. Die sogenannte liberale Weltordnung war von Anfang an so ausgelegt, dass sich Staaten mit demokratischen Regierungssystemen problemlos eingliedern konnten. Staaten mit autoritären Führungen oder Einparteiensystemen wurden zumindest nach ihrem Liberalisierungspotenzial eingeordnet. Nicht zuletzt wurde China angesichts seiner internen Dezentralisierung bei gleichzeitigem wirtschaftlichem Machtzuwachs zum systematischen Rivalen erklärt. Damit hatte die existierende Ordnung für die multipolaren Mächte stets den Unterton des Regimewechsels. China ist zumindest aus geschichtlichen und ideologischen Gründen ein Streben nach einer gerechteren Weltordnung nicht abzusprechen. Russland hingegen war mit der Situation konfrontiert, dass es zunehmend zum Juniorpartner Chinas wurde und der einstige internationale Einfluss der UdSSR verloren gegangen war.

Aus den Umständen heraus wurde die Überzeugung, dass sicherheitspolitische Vereinbarungen und Architekturen ein Nullsummenspiel seien, zu keinem Zeitpunkt aufgegeben. Ohne Augenhöhe und mit Integrationsdruck könnten die Eigeninteressen der neuen und alten Mächte nicht realisiert werden. Gleichberechtigte und nachhaltige

Sicherheit könne nur durch Abschreckung und strategische Gleichgewichte erreicht werden. Hier liegt die Kernüberzeugung des zum Teil brutal geführten Krieges für die multipolare Weltordnung, der auf die komplette Zerstörung der existierenden Strukturen angelegt ist.

In einem solchen Kontext ist Diplomatie, ob formell oder informell, allenfalls das Mittel, um komplette Eskalationen zu verhindern. Die Endziele sind historisch auf die Etablierung eines strategisch-militärischen Gleichgewichts ausgelegt, das Augenhöhe verspricht und damit den Tisch für Diplomatie bereitet. Diese Gleichgewichte können unmöglich auf den existierenden Schlachtfeldern wie der Ukraine erreicht werden. Entsprechende Schritte in diese Richtung werden allerdings dort provoziert.

Die Rolle der USA und EU

Strategen im Pentagon ist diese Denkweise nicht fremd. Längst hat sich die USA in dieser Ordnung als Akteur mit schwindenden Einflussmöglichkeiten etabliert. Ein Gedanke, der in Washington nicht erst seit der Amtszeit von Präsident Donald Trump ausformuliert wurde. Ein Gedanke, der die Logik der Friedens- und Kriegsführung seit Jahrzehnten beeinflusst.

Jenseits der scheinbar unlösbaren globalen Spannungen und neuen Rüstungswettläufen muss in Europa erstens der Versuch einer regionalen Friedenspolitik unternommen werden, die den diplomatischen und militärischen Entwicklungen jenseits unserer Grenzen zur Kenntnis nimmt und sich auf die historischen Lehren der Einigung Europas besinnt. Zweitens muss die EU-Außenpolitik einen wahren Reset erleben, der es ermöglicht, wieder als Sicherheitsarchitekt weltweit aktiv zu werden und die Verantwortung für die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Nur so kann die Wiederkehr des Krieges in Europa eingedämmt werden.

Möglichkeiten und Grenzen der Diplomatie Die Länder Europas, einschließlich Deutschlands, besitzen nur wenige Mittel und Hebel, um Russland diplomatisch zum

Einlenken zu bewegen. Der anerkannte Gegenspieler Moskaus ist nach wie vor die USA als primäre militärische Führungsmacht innerhalb der NATO. So beschränkt sich die deutsche Rolle im Fall des Angriffskriegs gegen die Ukraine tatsächlich auf Reisediplomatie in Bezug auf Sanktionen und Absprachen mit den Partnern und den USA.

Auch die formellen und informellen diplomatischen Bemühungen der neutralen Schweiz fanden in Moskau bisher kaum Gehör. China hat wohl den gravierendsten Einfluss auf Moskau, wird jedoch unter keinen Umständen den erhofften Druck ausüben.

Dafür sind drei Gründe anzuführen. Erstens verfolgen Russland und China im Grundsatz dasselbe Ziel: eine strategische Rebalancierung der Weltordnung. Beide sind in der Entwicklung militärischer Kapazitäten und Technologien auf Kooperation angewiesen. Gleichzeitig kann Russlands Einmischung in viele heiße Konflikte nicht im Interesse Pekings sein. Als Handelsnation mit dem Wunsch, die eurasische Landmasse in der Belt and Road Initiative zu erschließen, ist politische und militärische Stabilität für China eine notwendige Grundlage. Aus diesem Grund hat sich Peking zunehmend in diplomatische Initiativen eingebracht, sei es im Verbund – wie im Fall des gemeinsamen Aktionsplans mit dem Iran (JCPOA) – oder im Alleingang, wie bei der Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Das heißt, China versucht im Gegensatz zu Russland, in seinem Streben nach einer Neuordnung, kleinere und periphere Staaten nicht in Mitleidenschaft zu ziehen.

Zweitens hat China, mit Ausnahme seiner unmittelbaren strategischen Interessen, offiziell bisher Druck als diplomatisches Mittel abgelehnt. Chinas Art, Signale zu senden, ist weitaus subtiler. Allein die Tatsache, dass Peking Konferenzen zur Ukraine abhält und sich an einem Friedensplanentwurf beteiligt, sendet ein unmissverständliches Signal an Russland, die Eskalation nicht auf die Spitze zu treiben. Drittens bezieht sich der von China und Brasilien gemeinsam ausgearbeitete Sechs-Punkte-Friedensplan auf die Rahmenbedingungen eines Waffenstillstands

und Verhandlungen. Sicherheitsgarantien kommen darin nicht vor. Stattdessen empfiehlt das Papier unter anderem, von Blockbildungen und der Nutzung oder Aufrüstung von Massenvernichtungswaffen abzusehen. Internationale Wertschöpfungsketten und die Nahrungsmittelversorgung sollten aufrechterhalten werden. Das Timing des Papiers vor dem Schweizer Gipfel, an dem China nicht teilnahm, wurde häufig kritisiert. Damit bezieht sich China hauptsächlich auf die äußeren Rahmenbedingungen und lehnt Veränderungen des Status quo seitens des Westens ab. Dennoch bleibt China als einzige der multipolaren Mächte ein potenzieller Partner in der Krisenprävention und Eindämmung von Eskalationen weltweit, sofern Augenhöhe gewahrt bleibt. Diese Perspektive wird jedoch durch Chinas Vorgehen gegenüber Taiwan getrübt.

Auf Umwegen zum Frieden

Für Moskau ist die Besetzung der Ukraine kein Endziel. Das Endziel bleibt strategisch und zielt auf die Manifestierung der multipolaren Weltordnung ab. Bei der Wahl der Mittel ist Russland weiter gegangen als alle anderen potenziellen Ordnungsmächte. Wie weit Russland gehen wird, ist schwer einzuschätzen. Eine Ausweitung Russlands aus imperialistischen Motiven ist spekulativ. Auch die Wahrscheinlichkeit, dass Russland Westeuropa angreifen würde, ist schwer einzuschätzen. Ein Angriff auf Länder wie Georgien, Moldawien oder die baltischen Staaten ist weitaus wahrscheinlicher. Doch allein das Risiko kann keine verantwortungsbewusste deutsche Regierung ignorieren.

Diese Ungewissheit über Russlands Absichten, die sogenannte strategische Ambiguität, würde die Staaten Europas nicht nur verwundbar, sondern auch erpressbar machen. Um Risiken zu reduzieren, bleibt kaum eine Alternative, als Russlands Drehbuch zu folgen und für ein strategisches Gleichgewicht zu sorgen. Dazu gehört leider eine Aufrüstung Deutschlands in Kooperation mit den Partnern

n der EU. Idealerweise wird die eigene Verteidigungsfähigkeit jetzt im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU in Zusammenarbeit mit Großbritannien angepackt.

Das Ziel muss ein angemessenes Abschreckungspotenzial mit einem ausreichenden Abwehrschirm über Europa sein. Angesichts der fortschreitenden Entwicklung von Hyperschallraketen stellt dies zusätzliche Herausforderungen im Bereich der Frühwarnsysteme und Krisenprävention dar. Um eine solche Aufrüstung auf das Ziel diplomatischer Lösungen, Kontrollregime und Sicherheitskooperationen auszurichten, bedarf es klarer Strategien. Es bedarf einer klaren Abwägung zwischen Verteidigungs-, Abschreckungs- und konventionellem Bedrohungspotenzial, sodass eine Balance möglich wird und ein Rüstungswettlauf verhindert werden kann. Kapazitäten in der Aufklärung müssen gestärkt werden. Die hybride Kriegsführung, die längst bei uns angekommen ist und sowohl unsere Infrastruktur als auch die Zivilgesellschaft bedroht, bedarf angemessener Abwehr- und Gegenmaßnahmen. Nur so kann der Frieden, wenn auch auf tönernen Füßen, vorläufig gesichert werden.

Innenpolitik und Nebelkerzen

Eine Rückkehr zu militärischen Gleichgewichten widerspricht allen Bemühungen, die insbesondere seitens der Sozialdemokratie seit dem Ende des Kalten Krieges in Bezug auf Abrüstung unternommen wurden. Die Logik der Aufrüstung zum Aufbau von Mächtegleichgewichten hatten wir längst in die Geschichtsbücher verbannt. Die Vernunft der Diplomatie und Vorsorge sollte die Dynamik und Logik der Rüstung und Eindämmung ersetzen.

Nun ist unsere Politik vorläufig und unausweichlich mit genau dieser Handlungslogik konfrontiert und muss Antworten finden, die zwar unbequem, aber auch überlegt und angemessen sein können. Das heißt auch, mit Regierungen, die bisher

keine direkte Eskalation provozieren, eine Kommunikation auf Augenhöhe zu etablieren. Mit diesen Aufgaben steigen auch die innenpolitischen Herausforderungen in der öffentlichen Kommunikation und den entbrannten, zum Teil wenig inhaltlichen Kämpfen zwischen den Parteien. Klare und ehrliche Kommunikation mit den Bürgern und innerhalb der demokratischen Parteien über die Situation jenseits der Talkshow-Formate ist wichtiger denn je, um die tatsächlichen Zusammenhänge verständlich zu machen.

Um noch einmal Willy Brandt zu zitieren: „Der Respekt vor dem mündigen Bürger verlangt, dass man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält.“

Wir stehen vor drei zentralen innenpolitischen Herausforderungen:

Erstens sollten Scheindebatten, die sich allein um Rüstungsexporte an die Ukraine drehen, keine zentrale Rolle spielen. Der Kampf mit Populisten um die Diskurshegemonie über Krieg und Frieden (und damit die rechtmäßige Vertretung in der Friedensbewegung) kann nicht gewonnen werden. Es birgt immer die Gefahr, sich auf das gleiche Niveau der Desinformation und Ideologie zu begeben und damit selbst zum Problem zu werden. Es ist wichtig, unseren Bürgern das Verstehen unserer Herausforderungen zuzumuten und zuzutrauen. Allein das schafft Vertrauen. Innenpolitische Scheindebatten über Diplomatie und Krieg sowie Grabenkämpfe mit Populisten führen zu Verunsicherung und dem Problem, dass zukünftiges Handeln in Sachen Rüstung immer wieder aufs Neue gerechtfertigt werden muss.

Zweitens liegt es in der Natur der Sache, dass Angelegenheiten der militärischen und strategischen Sicherheit nicht öffentlich und transparent behandelt werden können. Auch hier hilft ein Verständnis der Gesamtsituation, um Einzelmaßnahmen einordnen zu können. Grundsätzlich gilt: Wenn es um Landesverteidigung und Sicherheit geht, ist Vertrauen in die gewählten Volksvertreter unerlässlich. Dieses muss durch klare Kommunikation und die Mitarbeit der Medien gestärkt werden.

Drittens hat das in demokratischen Parteien

weit verbreitete Bekenntnis zum universalen Liberalismus und zur liberalen Weltordnung zu einer Reihe von Problemen geführt. Der Begriff steht in weiten Teilen des Globus für die unilaterale Weltordnung und gilt als gleichbedeutend mit Kriegen, die das Ziel des Regimewechsels verfolgen. Tatsächlich handelt es sich um ein altes Dilemma: Der Erhalt des Friedens erfordert auch die Kooperation mit ungeliebten, autoritären Regimen. Das ist oft schwer zu akzeptieren. Eine ehrliche und sachliche Debatte in den demokratischen Parteien und mit unseren Bürgern kann unser Friedensprojekt sichern

und ein gemeinsames Verständnis für die nicht wünschenswerte, aber notwendige Politik für unser Land schaffen. Eine Verengung der Debatte auf Frieden, die Ukraine oder Großmachtinteressen Moskaus ist nicht zielführend, um im gegebenen Kontext immer wieder schwierige Entscheidungen verständlich zu machen. Nur so können wir gemeinsam für den Frieden kämpfen. Die immer wieder aufflammenden Debatten schaden auch dem inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Kandidat für den Wahlkreis 7 - Pinneberg

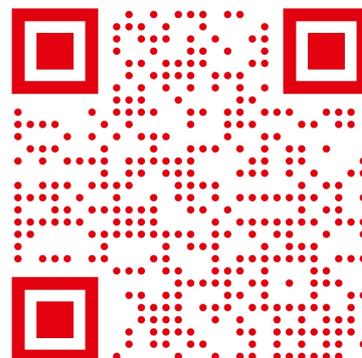


Bernt Berger

Facebook:



Website:



Kontakt:

<https://www.bernt-berger.de>
berger@spd-wedel.de